

# Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für  
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner  
Walter Dirks †  
Günter Grass  
Johannes Rau  
Carola Stern  
Hans-Jochen Vogel

# Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz  
(Chefredakteur)  
Ulrike Ackermann  
(verantwortlich)  
Norbert Seitz

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler  
Jürgen Burckhardt  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Horst von Gizycki  
Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reinhard Höppner  
Reimut Jochimsen  
Tomas Kosta  
Ferdinand W. Menne  
Thomas Meyer  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Richard Schröder  
Wolfgang Thierse

5<sup>1992</sup>  
39. Jahrgang

# Inhalt

387 Editorial

## Aktuelles

389 MARTIN WINTER  
Ende der Gemütlichkeit

390 ULRICH HAUSMANN  
Weg von Rom, aber wohin?

392 DOMINIC JOHNSON  
Algerien und das  
Demokratieprinzip

394 MICHAEL WENDL  
Tarifpolitik auf dem Altar  
der deutschen Einheit?

400 GERT WEISSKIRCHEN  
Paradoxien im Transit

## Thema:

### Kunst und Diktatur

408 BERND WITTE  
Johannes R. Becher

418 ULRIKE ACKERMANN  
Deutsche Intellektuelle  
und ihre gespaltene  
Vergangenheit –  
ein Kultur(en)streit

427 HANS JOACHIM SCHÄDLICH  
Die Vereinigung der  
deutschen Künstler

430 NEVA ŠLIBAR  
Handkes endgültige  
Abschaffung der Realitäten

439 FRITHJOF TRAPP  
Das »revolutionäre Gesicht« des  
Moskauer Schriftstellerexils

443 KARLA HIELSCHER  
Konturen der  
»geistigen Opposition«  
im heutigen Rußland

### Kontrovers

450 PETER MERSEBURGER  
Die Ostpolitik war erfolgreich

## Kultur

452 KAROLINE HILLE  
Scherben der Geschichte  
Die Ausstellung *Entartete Kunst*  
in Berlin

455 INGA BUHMANN  
Die russische Kunst- und  
Welterneuerung (1915–1932)  
in der Frankfurter Schirn

457 ALIDA BREMER  
Neuere serbische Literatur

462 GESPRÄCH MIT  
FREYA VON MOLTKE  
»Wenn man in wunderbare  
menschliche Ereignisse  
verstrickt ist. . .«

468 HANS-MARTIN LOHMANN  
Zeitschriften-Forum

## Kritik

470 ULRICH BRÖCKLING  
Rationalität der »Endlösung«?

472 WILHELM SCHMID  
Geschichte der Gegenwart

473 ARIANE THOMALLA  
»Ein gedicht/bin ich  
euch schuldig«

476 CLAUDIA MICHELS  
Politik ist mein Leben

478 AXEL REDMER  
Münzenbergs Ende

479 Impressum

480 Zu den Autorinnen und Autoren

Titelfoto: E. L. Kirchners Bauernmahlzeit,  
1920, als »entartete Kunst« von den  
Nazis verfolgt;  
Historisches Museum Berlin

Den im Inland vertriebenen Heften dieser  
Ausgabe liegt ein Prospekt des Rowohlt Verlags  
bei.

## Kontrovers

PETER MERSEBURGER

### Die Ostpolitik war erfolgreich

Man kann seinen eigenen Erfolg zuschanden debattieren, und die deutsche Linke ist nach Kräften dabei, genau dies zu tun. Sie sitzt damit nicht nur jenen Puritanern und Gesinnungsethikern auf, die jetzt in Scharen aus dem Rathaus strömen. Sie läuft auch in das Messer jener Christdemokraten, die am ureigenen Rezept irre wurden, als regierende Pragmatiker die politische Praxis der Gegner übernahmen, aber mit Blick auf ihre Klientel am rechten Rand des Wählerspektrums sorgsam vermieden haben, dies je programmatisch einzugestehen. Wie sonst ließe sich erklären, daß die deutsche Sozialdemokratie sich gegen den Angriff einer konservativen Volkspartei verteidigen muß, deren Kanzler für den jetzt krimineller Handlungen beschuldigten damaligen DDR-Staatschef Erich Honecker den roten Teppich in Bonn ausrollen ließ? Nur zwei Jahre vor der Wende – im Spätsommer 1987 – wahrte Helmut Kohl damit jene Kontinuität der Ost- und Entspannungspolitik, die er 1982 in der Nachfolge Helmut Schmidts versprochen hatte – eine Haltung, die ihm bis heute zur Ehre gereicht und deren situationsbedingte politische Notwendigkeit der Historiker aus Mainz und Oggersheim schwerlich bestreiten wird. Noch sein Zehn-Punkte-Plan Ende 1989 blieb ja überall da konkret, wo von der Fortdauer der zwei deutschen Staaten die Rede war; in den Nebeln der Unverbindlichkeit verlor er sich dagegen, wo es um die deutsche Zukunft – und von heute gesehen heißt das: um die deutsche Einheit – ging.

Die Entspannungspolitik, deren Erfolge ja unbestreitbar sind, hat keineswegs nur sozialdemokratische Väter oder Enkel. Unstreitig entwickelte Egon Bahr das Konzept dafür, und anfangs hat die kommunistische Agitation ihn deshalb als einen »Aggressor auf Filzlatzchen« bekämpft. Wie hellsehtig diese erste Einschätzung seiner Politik durch seine späteren Grundvertrags-Partner war, sollte sich erst erweisen, als seine gelehrtsten Schüler – vielleicht auch Egon Bahr selbst? – schon nicht mehr glaubten, das ursprünglich mit der Strategie »Wandel durch Annäherung« gesetzte Fernziel ließe sich je erreichen. Denn es ging ja zunächst darum, die Mauer, die zu verhindern oder einzureißen keine westliche Macht Krieg hatte riskieren

wollen, durchlässig zu machen. Die Einheit der Nation sollte im Bewußtsein der Menschen lebendig bleiben, damit es eines fernen Tages dazu beitragen könne, die Grenzen auf friedlichem Wege ganz zum Fallen zu bringen.

Dieses Konzept war auch in Bahrs eigener Partei zunächst nicht unumstritten. Noch im Wahlkampf 1969 hielt sich Helmut Schmidt – wohl mit Blick auf die Fortsetzung der Großen Koalition – betont bedeckt, als Walter Scheel in einem ARD-Wahlhearing die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen forderte. Ohne Scheel und die Freien Demokraten hätte es den ostpolitischen Ausbruch aus der deutschlandpolitischen Sackgasse der Adenauer- und Hallsteinzeit kaum geben können, durch den Willy Brandt der Bundesrepublik Spielraum nach Osten und damit ein erhebliches Stück Souveränität wie zusätzliches außenpolitisches Gewicht gewann. Das geschah zunächst im Einklang mit Amerika, das schon mit Kennedy den Schwenk von der Konfrontation zur Kooperation verkündet hatte. Und es wurde fortgeführt im Disput mit Washington, denn Henry Kissinger wollte im KSZE-Prozeß zunächst nur die von den Sowjets geforderte Festschreibung der Nachkriegsgrenzen und der Teilung Europas sehen, die in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Chancen witterte er nicht. Hätte es ohne die zähe, zielstrebige Entspannungspolitik der sozialliberalen Regierungen Brandt-Scheel und Schmidt-Genscher je jenes KSZE-Papier gegeben, dessen Korb 3 die osteuropäischen Unterzeichnerstaaten zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtete? Hätten ein Sacharow in der Sowjetunion öffentlich Dissens anmelden, Helsinki-watch-groups die Einsperrung von Andersdenkenden in psychiatrischen Anstalten anprangern, Solidarność sich organisieren, Charta 77 sich im Untergrund formieren können, wären die Tyrannen des Ostblocks, die Breschnew, Husak und Jaruzelski, nicht durch Helsinki verpflichtet gewesen, die realsozialistische Repression wenigstens um ein Minimum an Rücksichtnahme zu lockern? Als Vorzeigeartikel für Helsinki war der SED selbst ein gewisses Maß an kirchlicher Eigenständigkeit genehm. Mag es auch noch so gering gewesen sein, daß die DDR ihren Protestanten wenn auch sorgsam überwachten und

begrenzten Freiraum unter kircheneigenen Dächern gewährte, machte es die Bildung jener oppositionellen, radikal-pazifistischen, ökologischen und Bürgerrechtsgruppen überhaupt erst möglich, ohne welche die friedliche Revolution von 1989 undenkbar ist. Ohne Ost- und Entspannungspolitik, die den Willen des Westens zu friedlicher Kooperation belegte, kein Gorbatschow, ohne Gorbatschow kein sowjetischer Verzicht auf das osteuropäische Imperium und keine deutsche Einheit. Aber auf dem Weg dahin sollte auch jener »Genscherismus« der Regierung Kohl nicht vergessen werden, den als appeasement anzuprangern die angelsächsischen Falken in Washington und London nicht müde wurden. Im wesentlichen bestand er ja darin, Gorbatschow beim Wort zu nehmen und den Westen zu verpflichten, Moskaus Abrüstungsvorschläge nicht einfach vom Tisch zu wischen.

Außenpolitik folgt Interessen, nicht Ideologien, und meist ist es nicht ein Motiv allein, sondern ein Bündel von Analysen und Absichten, das zu politischen Entscheidungen führt. Die Friedensbewegten der frühen 80er Jahre haben einsehen müssen, daß es auch das Festhalten am NATO-Doppelbeschluß war, das die Sowjets schließlich zum Einlenken bewog. Aber dieses Einlenken wiederum wäre ohne das Beharren auf der Entspannungsbereitschaft nicht möglich gewesen. Es ist deshalb völlig unhistorisch, die Wiedervereinigungskonzeption Adenauers – Motto: Und der Alte hatte doch recht! – gegen die Entspannungspolitik Brandts auszuspielen und ihren ach so späten Triumph zu feiern. Mit dem Grundlagen-Vertrag und dem in ihm festgeschriebenen Vorbehalt zur nationalen Frage gaben Brandt, Scheel und Bahr ja den Anspruch auf Einheit in freier Selbstbestimmung nicht auf. Weil sie zudem ausdrücklich auf der einen deutschen Staatsbürgerschaft bestanden, hielten sie, zumindest im Geltungsbereich des Grundgesetzes, an der Obhutspflicht für alle Deutschen fest. Es sind die Gleichzeitigkeit und das Ineinander von ostpolitischer, taktischer Elastizität und das Beharren auf prinzipiellen Positionen zur nationalen Frage (in denen übrigens nur der westdeutsche Konsens der Nachkriegszeit festgeschrieben war), die schließlich zum Erfolg führten. Ohne dieses Zusammenspiel, auf sich allein gestellt, hätte jedes der beiden Elemente versagt. Nichts zeigt dies besser als das Festhalten an der deutschen Staatsbürgerschaft. Immer wieder hat die SED ihre Abschaffung und die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft gefordert. Gerade hier aber stellt sich die Frage: Wäre es je zu dem Massenexodus über Ungarn gekommen, an

dem die DDR schließlich zerbrach, wenn die Flüchtlinge aus der DDR nicht mehr den Anspruch gehabt hätten, als Deutsche wie jeder Bundesbürger bei uns Aufnahme und Eingliederungs-, notfalls Sozialhilfe zu erhalten? Nicht die SPD als Ganzes, aber viele Sozialdemokraten, auch solche in Amt und Würden, haben den Test in dieser entscheidenden Frage nicht bestanden.

Der Gedanke an die fortdauernde Existenz zweier deutscher Staaten, an deutsche Vielstaatlichkeit, steht dazu keineswegs in Widerspruch – nur hätte es dazu einer Legitimation der Bürger in freier Selbstbestimmung bedurft. Konrad Adenauer, der große Skeptiker und Zweifler am Charakter seiner Deutschen (und, Tilman Fichter ins Stammbuch: ihrem »Unvertrauen in Demokratie«), hätte gegen eine Österreich-Lösung für die DDR der 50er Jahre überhaupt nichts einzuwenden gehabt – im Gegenteil. Aber die Bildung von Nationen geschieht nicht über Nacht. Deutsch-Österreich, jene Zangengeburt der Siegermächte im Vertrag von St. Germain, hat sich bewußt und völlig frei erst nach dem Zweiten Weltkrieg als eigenständige Nation im deutschen Sprach- und Kulturkreis konstituiert. Die Gerechtigkeit gebietet auch den Hinweis, daß Adenauer natürlich nicht ein stalinistisch und realsozialistisch verfaßtes, sondern ein westliches, pluralistisches Staatsgebilde im Auge hatte, als er – wie übrigens F. J. Strauß – die DDR in den fünfziger Jahren als ein zweites Österreich dachte. Nicht die Abkehr vom Nationalstaatsgedanken war also der Sündenfall, sondern die Unterstützung für den Versuch der SED-Regenten, die Bildung einer neuen sozialistischen deutschen Nation den Regierten gegen ihren Willen aufzuzwingen. Es ging vorrangig um Freiheit, nicht so sehr um die Nation.

Die kritische Frage, der sich viele Sozialdemokraten stellen müssen, heißt deshalb nicht, ob die Ostpolitik richtig war. Sie heißt vielmehr: Ist die Regierung Kohl-Genscher dem ursprünglichen Konzept der Ostpolitik treu geblieben, indes viele Sozialdemokraten – etwa der Toskana-Fraktion –, unterstützt von Medien und der deutschen Stimmungslinken, nicht entgeltlich loszukommen suchten von der, zugeben, leidigen deutschen Frage? Suchten sie das Heil nicht in der Verewigung der deutschen Spaltung oder Zweiteilung um den Preis der Unfreiheit, den sie selbstverständlich den anderen zumuteten – nicht sich selbst? Dabei geht es übrigens auch darum, daß Entspannungspolitik ideologisch besetzt und überhöht wurde – als Wert in sich, der »Frieden in unserer Zeit« versprach, statt sie nüchtern als Mittel für eine

realistische Politik mit festumrissenen Zielen zu betrachten, als die sie konzipiert worden war. Auch bliebe zu untersuchen, ob die SPD recht daran tat, der SED noch 1987 Reformfähigkeit zu bescheinigen. Immerhin war damals hinlänglich klar, daß die DDR-Führung nicht daran dachte, die »Tapeten zu wechseln«, sondern auf Konfliktkurs zu den Reformern in Moskau ging. Einige träumten gar von der Sozialdemokratisierung der SED – ein wahrlich abstruser Traum, wenn man bedenkt, daß die Entstehung, ja die ganze Raison der leninistischen Kaderpartei mit der Ablehnung alles dessen identisch ist, wofür der Begriff Sozialdemokratie bekanntlich steht.

So zu fragen, scheint allemal sinnvoller als das Verrechnen von Besuchen bei »denen da oben« mit solchen bei den Beherrschten »da unten«, deren Los durch die Gespräche mit den Herrschenden ja verbessert werden sollte. Sicher stimmte hier die Balance nicht immer. Aber der Vorwurf der Systemstabilisierung und Anbiederung trifft, wenn er überhaupt berechtigt ist, linke wie rechte Politiker gleichermaßen. Wer gesehen hat, wie Späth und Strauß zum SED-Chef pilgerten, kann Helmut Schmidt, Vogel und Lafontaine Besuche beim DDR-Staatsratsvorsitzenden schwerlich zum Vorwurf machen. Nein, die Sozialdemokraten haben überhaupt keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Ihre Ostpolitik war erfolgreich: Sie hat den Gegner SED umarmt, bis er schließlich in der freundlichen Umklammerung erstickte. So nüchtern, bar jeder ideologischen Verklärung, ist das zu sehen. Übrigens: Gibt es ein größeres Kompliment für das eigene politische Konzept, als daß der ehemals innenpolitische Gegner, die CDU-Opposition, die es einst bis aufs Messer bekämpfte, sich dann seiner bedient – auf der Regierungsbank?

## Kultur

KAROLINE HILLE

### Scherben der Geschichte

Die Ausstellung »Entartete Kunst« im Alten Museum zu Berlin

Es erinnert schon etwas an die Detektivarbeit der Archäologen, als die amerikanische Kunsthistorikerin Stephanie Barron vor sechs Jahren begann, die berühmte Münchner Ausstellung von 1937 für das »Los Angeles County Museum of Art« zu rekonstruieren. Als das Ergebnis dieser Recherchen ab Februar 1991 in Los Angeles, Chicago und Washington gezeigt wurde, große Resonanz beim amerikanischen Publikum hervorrief und von der Gesellschaft der Kunsthistoriker zur besten Ausstellung des Jahres erklärt wurde, war es den Organisatoren gelungen, von den etwa 650 in München gezeigten Kunstwerken gerade einmal 200 zu lokalisieren und von diesen wiederum rund 100 Gemälde, 70 graphische Blätter und fünf Skulpturen als Leihgaben zu erhalten – alle weiteren Spuren verlieren sich (vorerst) im Dunkel der Geschichte.

Obwohl eine Reihe junger deutscher Wissenschaftler an Ausstellung und Katalog mitarbeiteten, um so auch, wie der Potsdamer Andreas Hüneke es in seinem Beitrag formuliert, einen kleinen Teil der Schuld gegenüber der europäischen Kultur und den verfolgten Künstlern abzustatten, mehrten sich kritische Stimmen in Deutschland. Warum, so fragten sich viele, die die Ausstellung in Amerika gesehen oder über sie gehört hatten, nimmt man sich dieses doch in einem ursächlichen Zusammenhang mit der eigenen Geschichte stehenden Kapitels nicht selbst an oder versucht wenigstens die Schau auch hier zu zeigen? Zwar beschäftigt man sich in Deutschland seit etwa zehn Jahren intensiv mit der nazistischen Kunst- und Kulturpolitik, zwar gab es in einigen Städten in den Museen – zuletzt in vorbildlicher Weise im Frankfurter Städel – Ausstellungen über diesen Raubzug der Nazis, begleitet von wissenschaftlichen Publikationen und Katalogen, aber nirgends war man auf die Idee einer Rekonstruktion der Münchner »Entarteten Kunst« anhand der dort gezeigten Originale gekommen. Dabei liegt der aufklärerische Wert einer solchen Konzeption auf der Hand: Nur im direkten Gegenüber mit den Kunstwerken läßt sich das ganze Ausmaß der Vernichtung der Moderne in Deutschland während der Naziherrschaft, aber